



Die große Anzeigennot

Wirtschaftspresse. Die „Financial Times Deutschland“ wurde schon eingestellt, die „Frankfurter Rundschau“ kämpft ums Überleben. Sinkende Auflagen und die zunehmende Anzeigennot machen den Printmedien das Leben schwer, vor allem die Wirtschaftstitel trifft es hart.

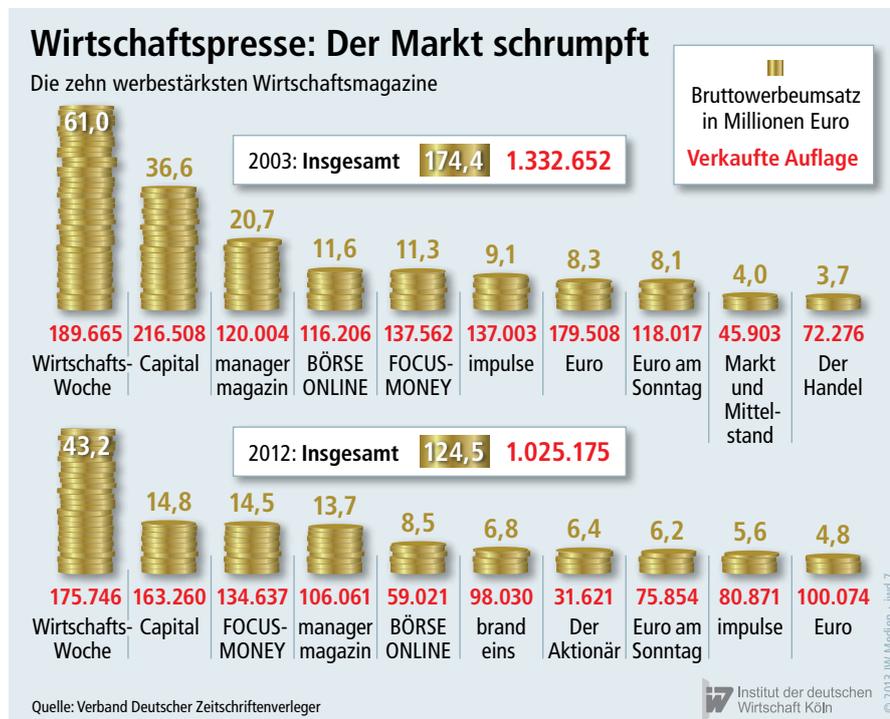
Rückblick: Am 21. Februar 2000 startete die deutsche Ausgabe der „Financial Times“ (FTD) – mit hohen Erwartungen. Die Geschäfts-

führung ging davon aus, spätestens nach fünf Jahren mit 120.000 verkauften Zeitungsexemplaren die Gewinnschwelle zu erreichen.

Zwölf Jahre später ist der lachs-farbene Traum ausgeträumt, die „FTD“ erschien am 14. Dezember 2012 zum letzten Mal. Das Blatt schrieb permanent rote Zahlen und konnte sein Auflagenziel nie erreichen – zuletzt verkaufte die „FTD“ rund 102.000 Exemplare.

Bleibt die Frage, wo die ehemaligen „FTD“-Leser gelandet sind. Auch bei der Konkurrenz – das lässt zumindest die gestiegene Auflage des „Handelsblatts“ vermuten. Die nunmehr einzige täglich erscheinende Wirtschaftszeitung verkaufte im letzten Quartal 2012 mehr als 138.600 Exemplare – ein Plus von 1,3 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2011. Gestiegen sind auch die Klick-Zahlen von handelsblatt.com. Ob das Düsseldorfer Blatt so für Werbekunden wieder attraktiver wird, ist abzuwarten. Insgesamt sieht es hier mau aus:

Im Jahr 2012 haben allein die Wirtschaftsmagazine rund 20 Millionen Euro weniger mit Werbung umgesetzt als noch 2011 – ein Rückgang von mehr als 11 Prozent. →



Inhalt

Frachtflughäfen. Das Nachtflugverbot in Frankfurt ließ das gesamte Frachtvolumen an den deutschen Airports im Jahr 2012 um knapp 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr schrumpfen.
Seite 3

Krankenstand. Auf durchschnittlich 16 Krankentage kamen Arbeitnehmer in Deutschland im Jahr 2011, für 2012 deutet sich ein weiterer Anstieg an. Häufigste Diagnose: Atemwegserkrankungen.
Seite 4-5

Italien. Die Parlamentswahl am 24. und 25. Februar ist nicht nur für das Land selbst, das mitten in einer Rezession steckt, richtungsweisend, sondern für die gesamte Eurozone.
Seite 6-7

Migranten. In Deutschland leben 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Viele von ihnen arbeiten in einem Job, für den sie überqualifiziert sind.
Seite 8

→ Bei den Publikumszeitschriften gingen die Werbeeinnahmen im Schnitt lediglich um gut 4 Prozent zurück.

Damit hat sich der langjährige Trend fortgesetzt, denn der wegbrechende Werbemarkt ist für Wirtschaftsmedien nichts Neues (Grafik Seite 1):

Der Bruttowerbeumsatz der zehn werbestärksten Wirtschaftsmagazine hat sich in den vergangenen zehn Jahren um 28 Prozent auf gut 124 Millionen reduziert.

Im Ranking der 50 werbestärksten Zeitschriften taucht die „WirtschaftsWoche“ als erster Wirtschaftstitel erst auf Platz 18 auf. Danach folgt lange nichts – lediglich

„Capital“ schafft es noch, sich zu platzieren, landet aber als Schlusslicht auf Platz 50. Angeführt wird das Ranking vom „Spiegel“ mit einem Werbeumsatz von gut 132 Millionen Euro im vergangenen Jahr.

Die Gründe für die Schrumpfkur der Wirtschaftsmedien sind zahlreich. Sicherlich macht ihnen, wie anderen Printmedien auch, die Digitalisierung zu schaffen. Im World Wide Web hat sich eine Gratskultur entwickelt, die meisten Informationen können schnell und kostenlos abgerufen werden – mit Inhalten, dem Kernprodukt von Medien, lässt sich kein Geld verdienen. Hinzu kommt, dass Teile des Anzeigenge-

schäfts von Print in den Onlinebereich gewandert sind. Zudem macht auch die Tagespresse den Wirtschaftsmedien Konkurrenz, da sie ebenfalls regelmäßig über Wirtschaftsthemen berichtet.

Nicht zuletzt liegt die Misere aber auch an fehlender Identifikation der Verlage mit ihren Titeln (Interview) und am verloren gegangenen Vertrauen der Leser. Während des Booms der New Economy und im Vorfeld der Finanzkrise 2007 hatten auch die Profis in den Wirtschaftsredaktionen so manches neue Finanzprodukt mehr oder weniger ungeprüft in den Börsenhimmel gelobt – die kritische Berichterstattung jedenfalls setzte meist erst später ein.



+ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview

Der Verlag „Gruener+Jahr“ hat das Wirtschaftsmagazin „impulse“ aufgegeben und per Management-Buy-out an Chefredakteur Nikolaus Förster verkauft. Der neue Herausgeber über die Zukunft von „impulse“ im Besonderen und die Wirtschaftspresse im Allgemeinen.

„Wir sind schneller und flexibler“

Was macht Sie so optimistisch, dass es mit „impulse“ klappt?

Das Magazin hat, außer im Krisenjahr 2009, zuletzt immer schwarze Zahlen geschrieben. Das macht mich optimistisch. Der zweite Punkt ist, dass die großen Gemeinkosten eines Konzerns nicht mehr anfallen. Drittens kann man Dienstleistungen im freien Markt sehr viel günstiger einkaufen als innerhalb eines Konzerns.

Nichtsdestotrotz hat auch „impulse“ im Anzeigengeschäft Federn gelassen. Was wollen Sie dagegen tun?

Wir haben ein ganz neues Konzept und das hat in der Branche für Wellen gesorgt. Durch sogenannte KMU-Rabatte wollen wir auch Mittelständlern die Chance geben, „impulse“ als Anzeigenplattform zu entdecken.

Warum aber überhaupt „impulse“? Was unterscheidet das Magazin von anderen?

Im Gegensatz zu anderen Titeln sprechen wir explizit Unternehmer an. Damit haben wir eine ganz klare Zielgruppe. Ich glaube generell, dass Titel mit einer klaren Fokussierung die besten Chancen haben, am Markt zu überleben.

Euro, Schuldenkrise, Fachkräftemangel – Wirtschaftsthemen beherrschen die öffentliche Diskussion. Wieso tun sich Wirtschaftsmedien dennoch so schwer?

Es gibt zwei große Erlösströme, den Lesermarkt und den Anzeigenmarkt. Natürlich besteht in einer Krise eine größere Nachfrage nach Informationen. Das hilft den Wirtschaftsmedien, weil dadurch in der Regel die Auflage steigt. Das Problem ist, dass viele Informationen nicht mehr per Print abgerufen werden, sondern digital. Im Anzeigenmarkt dagegen sind Unternehmen in der Krise sehr zurückhaltend.

Haben Wirtschaftsmedien noch eine Zukunft?

Auf jeden Fall, denn es wird immer einen großen Bedarf an unabhängigen Informationen geben. Aber im Zeitalter der Gratisinformationen im Netz müssen sich Journalisten die Frage stellen, ob das, was sie tun, gut genug ist, damit der Leser dafür zahlt. Die Branche kann nicht so weitermachen wie bisher.

Hat Deutschland zu wenig Blattmacher, die Wirtschaftstitel erfolgreich am Markt positionieren können?

Ja, ich glaube, da ist etwas dran. Die großen Verlage in Deutschland sind sehr groß geworden, sodass die Identifikation des Verlegers mit seinen einzelnen Marken nicht mehr selbstverständlich ist. Wenn aber der Bezug fehlt, können Verleger nicht mehr erfolgreich wirtschaften. Deswegen glaube ich, dass die kleineren Einheiten eine größere Chance haben, denn sie kennen ihren Markt extrem gut. Die kleinen Verlage sind schneller, flexibler und nicht so bürokratisch.

Vorteil für Leipzig

Frachtflughäfen. Ein gewichtiger Teil des deutschen Außenhandels wird auf dem Luftweg abgewickelt. Im Jahr 2012 schrumpfte das gesamte Frachtvolumen an den deutschen Airports allerdings deutlich. Dies lag nicht zuletzt am neuen Nachtflugverbot am wichtigsten Frachtdrehkreuz, dem Flughafen Frankfurt am Main.

Knapp 4,5 Millionen Tonnen Güter wurden im vergangenen Jahr auf deutschen Flughäfen umgeschlagen. Da vor allem teure Produkte im Bauch der Frachtflieger steckten, machte der Wert der auf dem Luftweg importierten und exportierten Waren zuletzt immerhin schätzungsweise 13 Prozent des gesamten Außenhandels aus. Beim Handel mit Ländern außerhalb Europas betrug der Anteil der Luftfracht sogar ein Drittel.

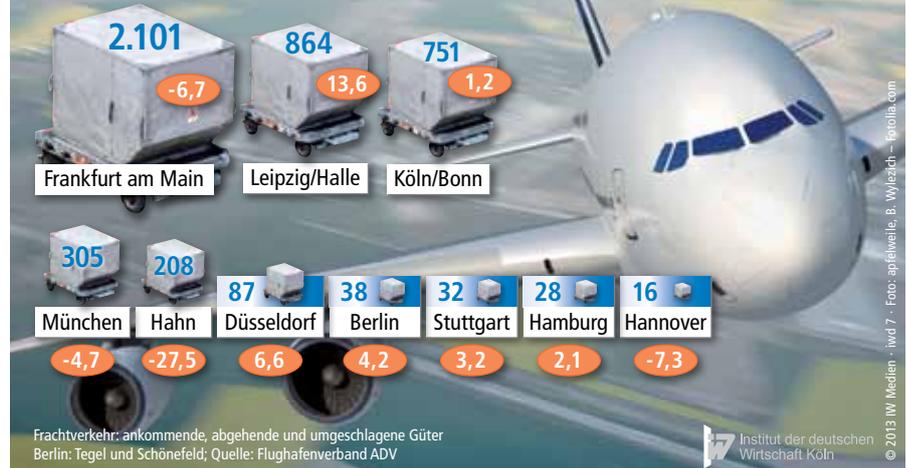
Allein die im Jahr 2012 per Flugzeug aus Deutschland ins Ausland gelieferten Waren hatten einen Gesamtwert von ungefähr 130 Milliarden Euro.

Zu den Gründen der Unternehmen, ihre Waren mit dem Flugzeug zu verschicken, zählt vor allem der Kostenfaktor Zeit. Deshalb werden zum Beispiel viele Luxusautos nicht per Schiff, sondern auf dem Luftweg zu den Kunden in Amerika oder Asien geliefert. Für andere kostspielige Artikel wie Schmuck oder spezielle Medikamente ist zudem relevant, dass bei der Luftfracht nur wenige Güter verloren gehen. Bei Importwaren wie Rosen aus Kenia sprechen wiederum die Verderblichkeit und das geringe Gewicht für den Versand per Flugzeug.

Wo Güter in die Luft gehen

Die zehn deutschen Flughäfen mit dem größten Frachtverkehrsaufkommen im Jahr 2012 in 1.000 Tonnen

○ Veränderung gegenüber 2011 in Prozent



In den vergangenen Jahren war das Luftfrachtaufkommen oft ein guter Konjunkturindikator. So ließ der Rückgang der Frachtmengen ab Herbst 2011 bereits erkennen, dass sich die Konjunktur im Laufe des Jahres 2012 eintrüben würde.

Dass das Luftfrachtaufkommen 2012 dann allerdings gleich um fast 3 Prozent zurückging, ist auch auf einen Sondereffekt zurückzuführen. Denn mit dem Winterflugplan 2011/2012 wurde am Airport Frankfurt, dem bei weitem wichtigsten deutschen Luftfracht-Drehkreuz, ein Nachtflugverbot eingeführt. Die Folgen waren erheblich (Grafik):

Gegenüber dem Jahr 2011, als bis Oktober noch keine nächtlichen Einschränkungen galten, schrumpfte das umgeschlagene Frachtvolumen am Frankfurter Flughafen 2012 um fast 7 Prozent auf 2,1 Millionen Tonnen.

Stattdessen wichen die Logistikfirmen auf andere Flughäfen aus. Besonders profitieren konnte Leipzig/Halle, wo im vergangenen Jahr

mit 864.000 Tonnen fast 14 Prozent mehr Güter bewegt wurden als 2011. Vor allem DHL nutzt den mitteldeutschen Flughafen zunehmend als zentraleuropäischen Knotenpunkt für sein Frachtgeschäft. Aber auch die Lufthansa hat einen Teil ihrer Frachtflüge nach Sachsen umdirigiert.

Ebenfalls leicht zulegen konnte im vergangenen Jahr der drittgrößte deutsche Frachtflughafen, Köln/Bonn, wo Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) ein von der nordrhein-westfälischen Landesregierung geplantes Nachtflugverbot verhinderte.

Nutznießer des nächtlichen Flugverbots in Frankfurt/Main sind allerdings nicht nur andere innerdeutsche Flughäfen, sondern auch ausländische Airports. Die beiden Konkurrenten Amsterdam und Paris konnten aufgrund des Nachtflugverbots in Frankfurt trotz Konjunkturfaute einen deutlichen Zuwachs ihres Frachtgeschäfts verzeichnen.

Kranke Kollegen

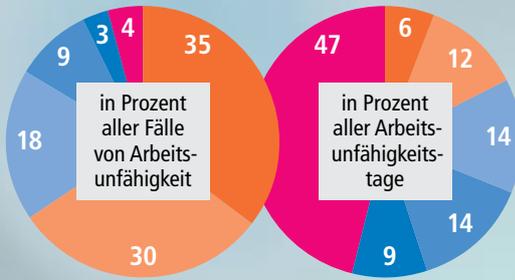
Im Jahr 2011 waren Arbeitnehmer in Deutschland durchschnittlich 16 Tage krankgeschrieben. Seit dem historischen Tiefstand im Jahr 2006 nimmt der Krankenstand kontinuierlich zu. So hohe Ausfallzeiten wie Mitte der 1990er Jahre sind zwar noch nicht wieder erreicht, doch auch für 2012 deutet sich ein weiterer Anstieg an.

Diese Zahlen basieren auf einer jährlichen Erhebung des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen (BKK). Sie lassen sich recht gut auf die Gesamtwirtschaft übertragen, weil immerhin fast jeder fünfte sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer in einer Betriebskrankenkasse versichert ist.

Schnell wieder gesund

Lesebeispiel: Im Jahr 2011 gingen zwar 35 Prozent aller Fälle von Arbeitsunfähigkeit auf das Konto von 1- bis 3-tägigen Erkrankungen, aber nur 6 Prozent aller Arbeitsunfähigkeitstage.

- Krankheitsdauer
- 1 bis 3 Tage
 - 4 bis 7 Tage
 - 1 bis 2 Wochen
 - 2 bis 4 Wochen
 - 4 bis 6 Wochen
 - länger als 6 Wochen



Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; nur pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner
 Ursprungsdaten: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv7

Knapp zwei Drittel aller krankgeschriebenen Mitarbeiter kehren spätestens nach einer Woche an ihren Arbeitsplatz zurück – Kurzausfälle, für die der Arbeitgeber kein Attest verlangt, noch nicht eingerechnet. Langzeiterkrankungen kommen zwar selten vor, verursachen aber das Gros der Ausfalltage und damit die meisten Kosten für Arbeitgeber und Krankenversicherungen.

5 13
Psychische Störungen

28 14
Atemwegs-erkrankungen

3 4
Herz-Kreislauf-Erkrankungen

10 4
Sonstige Infektionen

18 19
Sonstige Krankheiten

Krankenstand steigt wieder

Oft heißt es: Wenn die Konjunktur schwächelt, schleppen sich die Arbeitnehmer aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, auch einmal krank an den Schreibtisch oder die Werkbank. Wie die Zahlen der vergangenen Jahre zeigen, ist diese Vermutung falsch. Ob in Aufschwungphasen wie 2005 bis 2008 und 2010 bis 2011, ob in einer Krise wie 2009 oder in einer konjunkturellen Abkühlung wie 2012: Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts ist der Krankenstand in guten wie in schlechten Zeiten gestiegen.

Woran es krankt

So viel Prozent aller **Krankheitsfälle** beziehungsweise **Krankheitstage** entfielen 2011 auf ...

Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; nur pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose, freiwillig Versicherte und Rentner; sonstige Infekte: z.B. Grippe und Tropenkrankheiten, nicht Atemwegs- und Magen-Darm-Infekte
 Ursprungsdaten: Bundesverband der Betriebskrankenkassen
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln
 © 2013 IW Medien - iwv7



Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Arbeitnehmer: nur pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner; Quelle: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

Ältere fallen häufiger aus

Alter	Durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage 2011
unter 20-Jährige	9,8
20- bis 24-Jährige	10,4
25- bis 29-Jährige	9,9
30- bis 34-Jährige	10,6
35- bis 39-Jährige	12,6
40- bis 44-Jährige	15,4
45- bis 49-Jährige	18,4
50- bis 54-Jährige	22,9
55- bis 59-Jährige	28,0
60- bis 64-Jährige	27,9

Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; nur pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose, freiwillig Versicherte und Rentner; Ursprungsdaten: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 7

17 26

Muskel- und Skeletterkrankungen

9 13

Verletzungen und Vergiftungen

11 5

Erkrankungen des Magen-Darm-Trakts

Psychische Störungen sind mittlerweile für 13 Prozent aller Ausfalltage verantwortlich – vor 10 Jahren waren es nur 7 Prozent. Zurückzuführen ist das wohl nicht nur auf zunehmenden Stress, sondern es kann auch damit zusammenhängen, dass die Behandlung von Burn-out, Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen worden ist – und die Ärzte daher viel häufiger eine entsprechende Diagnose stellen.

Krankenstand: Auch eine Frage des Berufs

Arbeitsunfähigkeitstage je Arbeitnehmer mit gesetzlicher Krankenversicherung im Jahr 2011

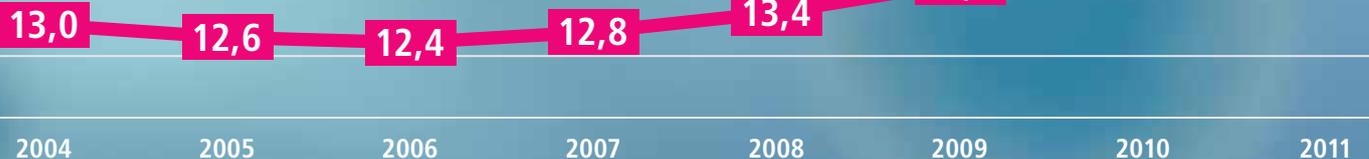
Berufe mit den meisten Arbeitsunfähigkeitstagen		Berufe mit den wenigsten Arbeitsunfähigkeitstagen	
Gleisbauer	28,9	4,0	Naturwissenschaftler
Straßenreiniger, Abfallbeseitiger	27,8	4,8	Rechtsvertreter, -berater
Eisenbahnbetriebsregler, -schaffner	25,4	4,9	Hochschullehrer, Dozenten an höheren Fachschulen und Akademien
Halbzeugputzer und sonstige Formgießberufe	25,3	5,9	Apotheker
Kultur-, Wasserbauwerker	25,1	6,0	Praktikanten, Volontäre mit noch nicht feststehenden Berufen
Straßenwarte	24,5	6,7	Geisteswissenschaftler
Druckerhelfer	24,3	6,7	Ärzte
Wäscher, Plätter	23,7	6,8	Publizisten
Sonstige Metallverformer (spanlose Verformung)	23,7	6,9	Chemiker, Chemieingenieure
Helfer in der Krankenpflege	23,6	7,4	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Statistiker

Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Arbeitnehmer: pflichtversicherte und freiwillig versicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner; Quelle: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 7

Der Krankenstand unterscheidet sich von Branche zu Branche deutlich: In der Medien- und Verlagswelt zum Beispiel ist er mit neun Ausfalltagen je Arbeitnehmer und Jahr sehr gering, in der Automobilindustrie mit fast 16 Tagen dagegen überdurchschnittlich hoch. Das heißt allerdings noch lange nicht, dass Beschäftigte im Dienstleistungssektor generell gesünder leben und arbeiten als Industriearbeitnehmer. Die Ausfallzeiten hängen nämlich vor allem davon ab, welche Berufe für die jeweilige Branche typisch sind. Gleisbauer oder Müllmänner zum Beispiel, die körperlich hart arbeiten und dabei auch noch Wind und Wetter ausgesetzt sind, liegen im Schnitt vier Wochen pro Jahr flach. Arbeitnehmer mit hochqualifizierten Bürojobs dagegen kommen oft nicht einmal auf eine Krankheitswoche – auch wenn sie bei einem Autobauer beschäftigt sind.



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Italien wählt, Europa hofft

Italien. Die anstehende Wahl in Italien ist für die Eurozone genauso richtungsweisend wie für das Land selbst. Italien steckt in einer tiefen Rezession und muss sich praktisch neu erfinden. Doch viele Italiener sind des Reformkurses inzwischen wieder müde.

Ganze 184 Parteien sind für die Parlamentswahlen am 24. und 25. Februar zugelassen, im Grunde aber haben die Italiener nur die Wahl zwischen drei Kandidaten: In den Umfragen liegt derzeit der Sozialdemokrat Pier Luigi Bersani (61) vorn.

Er will den eingeschlagenen Sparkurs zwar grundsätzlich fortsetzen, dabei aber die Wohlhabenden stärker zur Kasse bitten, um die niedrigeren Einkommensgruppen zu entlasten.

Zweiter Kandidat ist Silvio Berlusconi, der vierfache Ex-Premier.

Gegen den 76-Jährigen laufen zwar derzeit drei Strafprozesse – unter anderem wegen angeblichen Amtsmissbrauchs –, doch Berlusconi geht unbeirrt und mit großen Versprechen für seine konservative PDL auf Stimmenfang: Er will die gerade erst wieder eingeführte Immobiliensteuer streichen und zurückerstatten, mindestens eine Million neue Arbeitsplätze schaffen und eine generelle Steueramnestie durchsetzen.

Die geringsten Aussichten auf einen Wahlerfolg hat momentan Mario Monti (69), der Ende 2011 ohne Parteibuch eine Übergangsregierung bildete und nun für die Lista Civica ins Rennen geht.

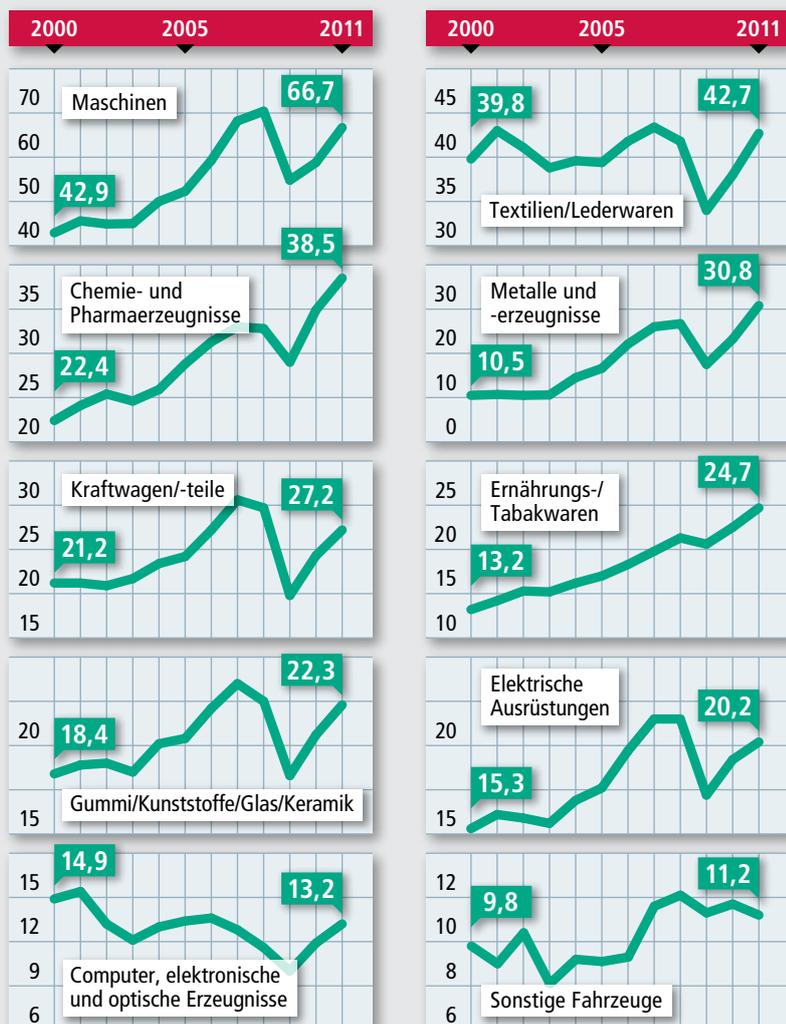
Monti dürfte der Wunschkandidat vieler Europapolitiker sein: Schließlich hat der Wirtschaftswissenschaftler in dem hoch verschuldeten Land ein hartes Sparprogramm um- und umfangreiche Reformen durchgesetzt.

Um den Schuldenberg von 2 Billionen Euro in den Griff zu bekommen, hat Monti beispielsweise die Mineralölsteuer erhöht, eine Rentenreform durchgeführt und diverse Abgaben – etwa auf schnelle Autos, Flugzeuge und Yachten – eingeführt. Auch die unbeliebte Immobiliensteuer UMI geht auf Monti zurück.

Auf dem Arbeitsmarkt hat der Wirtschaftsprofessor einiges bewirkt. Seine Reform des Kündigungsschutzes ist zwar aufgrund des Widerstands der Gewerkschaften etwas verwässert worden, doch Verbesserungen waren dringend nötig. Denn die rigiden Regelungen ließen die Unternehmen in der Vergangenheit vor Neueinstellungen zurück-

Italien: Stark in Maschinen und Mode

Die zehn Branchen mit den höchsten Warenexporten in Milliarden Euro



Auswahl
Quelle: OECD

schrecken. Im Durchschnitt landeten 60 Prozent der Kündigungen durch den Arbeitgeber vor dem Arbeitsgericht – in Deutschland liegt die Quote bei 3 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit wurde zuletzt allerdings auch von der schwächelnden Wirtschaft nach oben getrieben (Grafik):

Im Jahr 2012 lag die Arbeitslosenrate in Italien bei rund 10 Prozent, dieses Jahr dürfte sie auf rund 11 Prozent steigen. Unter den jungen Leuten beträgt die Arbeitslosenquote sogar mehr als 33 Prozent.

Anders als die zaghafte Reform des Kündigungsschutzes dürfte diese Maßnahme weit mehr zum Abbau der Erwerbslosigkeit beitragen: Um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, will Monti Ausbildungsprogramme nach deutschem und österreichischem Vorbild auflegen.

Für Akademiker, von denen viele angesichts der Misere daheim ihr berufliches Glück im Ausland suchen, hat die Übergangsregierung ebenfalls Pläne: So soll der Zugang zu den stark reglementierten freien Berufen wesentlich erleichtert werden. Darüber hinaus soll eine größere Anzahl von Notaren und Apothekern für mehr Konkurrenz sorgen.

Einen bemerkenswerten Durchbruch erzielte Monti auch bei der Lohnfindung. Bislang orientierten sich die Lohnsteigerungen kaum an der Produktivität, oft waren sie sogar an die Inflation gekoppelt. Jetzt haben Gewerkschaften und Arbeitgeber beschlossen, die Inflationsbindung aufzugeben und die Lohnfindung stärker auf die Betriebsebene zu verlagern. Firmen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, sollen in Zukunft von den zentralen Lohnvereinbarungen sogar abweichen dürfen.

Mehr Wettbewerb soll es künftig auch im Energiesektor geben, wo es starke Monopolstrukturen gibt und die Produktion vergleichsweise ineffizient ist. In Italien wird ein großer Teil der Elektrizität mit Gas erzeugt. Weil der Monopolanbieter ENI sein Gasnetz bis spätestens Mai 2013 für Wettbewerber öffnen muss, dürften in der Folge nicht nur die Gas-, sondern auch die Strompreise sinken.

Von einer neuen unabhängigen Regulierungsbehörde im Transportbereich, die das italienische Eisenbahnnetz auch neuen Konkurrenten öffnen soll, erhofft man sich ebenfalls mehr Effizienz und Wettbewerb.

Wenn all diese Reformen – von welchem Wahlsieger auch immer – ausgeführt werden, gibt es zwei Gewinner: zum einen die Eurozone, die Italiens Absturz und damit eine erneute Zuspitzung der Euro-Schuldenkrise tunlichst vermeiden möchte. Zum anderen die Repubblica Italiana selbst:

Die OECD schätzt, dass die heute eingeleiteten Reformen dem Land über zehn Jahre einen Wachstumsschub von zusätzlich 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bringen.

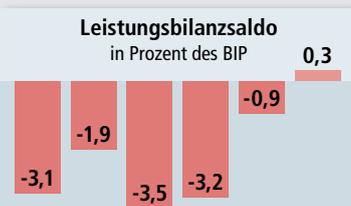
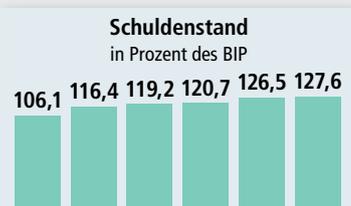
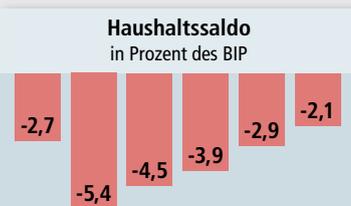
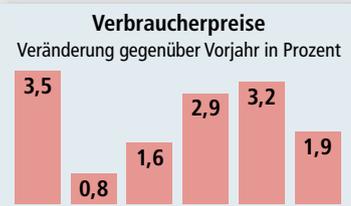
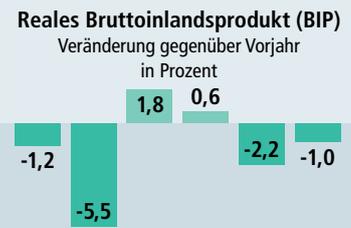
Das wären erfreuliche Aussichten. Denn Italien hat zuletzt nicht nur unter schwachem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit gelitten. Stark verloren hat die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone auch an Exportmarktanteilen, die zwischen 2000 und 2012 um satte 30 Prozent sanken.

Entgegen allen Klischees exportieren die italienischen Unternehmen im Übrigen nicht überwiegend Mozarella und Mailänder Mode, sondern vor allem Maschinen (Grafik Seite 6). Italiens wichtigstes Exportgut nach Japan sind Präzisionsmaschinen in der Fertigungstechnik.

Italien in Zahlen



2008 2009 2010 2011 2012 2013



2012: Schätzung
2013: Prognose
Quellen: Europäische Kommission, OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

16 Millionen Chancen

Migranten. Während die Politik primär auf Zuwanderung setzt, um den Fachkräftemangel in Deutschland zu lindern, werden die hier lebenden Migranten mitunter übersehen. Die aber haben großes Potenzial: Einerseits ist ihre Erwerbsquote relativ niedrig – andererseits arbeiten viele in einem Job, für den sie überqualifiziert sind.

Es gibt viele Möglichkeiten, den Fachkräftemangel zu bekämpfen: Man kann versuchen, die Geburtenrate zu steigern und die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren zu erhöhen. Oder man setzt gezielt auf Zuwanderung von Hochqualifizierten, wie dies mithilfe der Blue Card bereits praktiziert wird.

Bei all diesen Bemühungen spielen Migranten, die bereits in Deutschland leben, noch eine etwas untergeordnete Rolle. Dabei gibt es in der Bundesrepublik 16 Millionen Menschen, die entweder selbst aus dem Ausland stammen oder deren

Eltern eingewandert sind – das ist fast jeder fünfte Einwohner. Die meisten von ihnen kommen oder kamen aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Polen, Russland und Italien. Allerdings ist diese Gruppe deutlich schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als die einheimische Bevölkerung:

Während 75 Prozent der 15- bis 64-jährigen Deutschen erwerbstätig sind, arbeiten von den gleichaltrigen Migranten nur 63 Prozent.

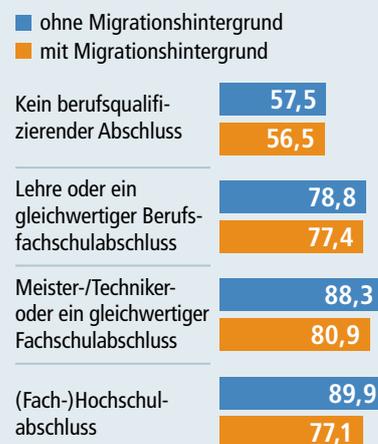
Ein Grund für die geringere Erwerbstätigkeit der Ausländer ist ihre schlechtere Qualifikation: 33 Prozent der Migranten im erwerbsfähigen Alter haben keinen Berufsabschluss – bei den Einheimischen sind es nur knapp 10 Prozent.

Allerdings tun sich auch gut ausgebildete Migranten auf dem Arbeitsmarkt merklich schwerer als ihre deutschen Landsleute. Von den Akademikern mit Einwanderungsgeschichte waren im Jahr 2011 nur 77 Prozent erwerbstätig, von den einheimischen Akademikern dagegen 90 Prozent (Grafik).

Weil im Ausland erworbene Abschlüsse mitunter in Deutschland nicht anerkannt werden, arbeiten viele Migranten überdies in Berufen, für die sie überqualifiziert sind. Lediglich 30 Prozent der Akademiker mit ausländischen Wurzeln gehen

Migranten: Noch Potenzial für den Arbeitsmarkt

So viel Prozent der 15- bis 64-Jährigen mit diesen Qualifikationen waren 2011 erwerbstätig



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 7

hierzulande einem adäquaten Beruf nach – sie arbeiten also beispielsweise als Ingenieur, Arzt, Wissenschaftler oder Unternehmer. Von den Hochschulabsolventen ohne Migrationshintergrund gelingt dies dagegen 47 Prozent.

Um die Anerkennung ausländischer Abschlüsse voranzutreiben, ist seit April 2012 das Anerkennungsgesetz in Kraft. Doch auch Unternehmen können einen Beitrag leisten, um Fachkräften, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben, sowohl den Einstieg als auch den Aufstieg zu erleichtern. Wie das geht, zeigt diese Internetseite:

www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.